

Kritik des Rassismus in der DDR

von

Harry Waibel

Inhaltsverzeichnis	Seite
Einleitung	2
Arbeits-Migranten im deutschen Staatssozialismus	3
Beispiele für institutionellen und gesellschaftlichen Rassismus	4
Schluss	18
Literaturverzeichnis	19

Einleitung

Wegen der Aufhebung der allgemein üblichen 30-Jahres-Frist für die Benutzung von Archivalien, kann ich seit 1990 zu den Ursachen und zum Verlauf von Neofaschismus, Anti-Semitismus und Rassismus in der DDR forschen, anhand von Quellenmaterialien des Jugendarchivs (JA), dem Archiv der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) und aus dem Zentralen Parteiarchiv (ZPA) der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED), die alle mittlerweile im Bundes-Archiv (BA) in Berlin-Lichterfelde (Abteilung DDR, SAPMO) wieder zu finden sind. Die ersten Forschungsergebnisse wurden 1996 veröffentlicht und sie belegen Verlauf und Ursachen neofaschistischer, rassistischer und anti-semitischer Vorgänge in der SBZ/DDR.¹ Leider sind die zu Tage geförderten historischen Fakten kaum öffentlich diskutiert worden. Doch ihre Authentizität ist nicht wirklich angreifbar und sie sind für eine kritisch-historische Diskussion der Geschichte der DDR zu berücksichtigen. Das vorliegende Material zum Anti-Semitismus bzw. Anti-Zionismus habe ich neu überarbeitet und in einen interpretatorischen Rahmen gesetzt, der sowohl die Vorgeschichte der SED berücksichtigt, als beitragen soll eine inhaltliche und organisatorische Formierung zu bilden, die für die antagonistische Linke in Deutschland notwendig geworden ist.² Traditionelle Linke haben hervor, der Staat der DDR sollte einen Versuch darstellen, ein besseres Deutschland hervorbringen zu wollen. Ich möchte mit dieser Arbeit einen Anteil dazu leisten, wo genau und wie en détail dieses Experiment gescheitert ist, und was wir daraus lernen können und müssen.

Ähnlich wie die SED „Antisemitismus“ behandelte³, erging es auch dem Gegenstand „Rassismus“, wenn behauptet wurde, das habe es nicht gegeben. Der „Zentrale Runde Tisch“ bildete 1990 in Berlin (DDR) eine „Arbeitsgruppe für Ausländerfragen“ und dort stellte man fest, dass „bei Null“ begonnen werden musste, da wissenschaftliche oder journalistische Publikationen über rassistische Vorfälle nicht vorhanden waren.⁴ Das konsequent von oben durchgesetzte Publizierungs- bzw. Forschungsverbot war auch hier „erfolgreich“.⁵ Doch Rassisten waren, wie eben Anti-Semiten auch, Teil einer sozialen Realität, die ich als dunkle Seite der DDR bezeichnen möchte. Sie bildeten reaktionäre Kerne in einer ansonsten amorph strukturierten Opposition insgesamt. Die SED bediente sich dieser Klientel, mit der ihr eigenen perfiden und rücksichtslosen Politik, immer dann, wenn es darauf ankam, für sie selbst positive Effekte zu erzielen, so wie es in der Abqualifizierung der kämpfenden Arbeiter in Polen durchweg der Fall gewesen war.

Neben dem institutionellen Rassismus der staatlichen Behörden wurden in der Gesellschaft rassistische Aggressionen sichtbar und sie belegen einen latenten und manifesten Rassismus. Auch hier ist zwischen einer staatlichen und einer gesellschaftlichen Ebene, sowohl bei der Erscheinung als auch

¹ Vgl. Waibel, 1996

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Krüger-Potratz, 1991, S. 8; VIA, 1990, S. 1 und 5.

bei der Bestimmung der Ursachen, zu unterscheiden.⁶ Das Instrumentarium zur Bestimmung „rassischer“ Merkmale ist aufgebaut auf ideologisch vorgeprägten falschen Wahrnehmungen unterschiedlicher biologischer, resp. kultureller Besonderheiten. Der Kern der rassistischen Ideologie ist die falsche Behauptung, dass Menschen „natürlich“ zu biologisch determinierten Gruppen gehörten und diese Konstellationen die jeweiligen sozialen Systeme bestimmten.⁷ In der Regel werden diese biologistischen Konstruktionen, explizit oder implizit verknüpft mit sexistischen und nationalistischen Anschauungen, die ebenfalls autoritär festgelegte hierarchische Bewertungen zum Inhalt haben. „Fremdenhass“ bzw. „Fremdenfeindlichkeit“ bewerte ich als virulente oder temporäre Erscheinungsformen rassistischer Präpositionen. Schließlich ist die Ideologie des Rassismus der Humus aus dem Fremdenhass wie Fremdenfeindlichkeit erwächst. Wichtiger Punkt der Auseinandersetzung mit dem Rassismus, ist die Charakterisierung der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Ausgehend von den Thesen von Balibar läßt sich eine marxistische Analyse der DDR wie folgt skizzieren: „Welche Veränderungen die Theorie und die ‚Übergangs-Perspektive‘ in den Gesellschaften des ‚realen Sozialismus‘ auch immer erfahren haben und noch erfahren, diese haben sich auf den Marxismus gestützt, um sich selbst offiziell als ‚klassenlose‘ oder zumindest als ‚klassenkampflose‘ Gesellschaften zu verstehen. Vor allem in dieser normativen Form sind gewisse Elemente des Marxismus in unumkehrbarer Weise in bestehende Institutionen eingegangen. Aber wenn diese Gesellschaften seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges keineswegs geschichtslos und politisch immobil sind, so lag das vor allem daran, daß es hier periodisch zu scharfen Klassenkämpfen höchst klassischer Art (Arbeiterkämpfe) und sogar zu revolutionären Klassenkämpfen (China, Polen) kam, wobei sich diese mit demokratischen Kämpfen gegen die monopolistische Staatspartei verbanden.“⁸ Auf diesem Hintergrund läßt sich sagen, daß sich der „verbotene“ Klassenkampf ein Ventil geschaffen hat durch die Funktion der rassistisch motivierten Angriffe auf Migranten.

Arbeits-Migranten im deutschen Staatssozialismus

In der Zeit von 1949 bis 1989 verließen Millionen Frauen und Männer die DDR und unter ihnen waren Arbeitskräfte, für die die SED dringend Ersatz benötigte. Daß war der Moment, in dem bewusst auf die Migration. Ab Mitte der 1960er Jahre begann die bewusste staatliche Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften, die zum Teil erst in der DDR eine Berufsausbildung erhielten. Auf der Grundlage zwischenstaatlicher Abkommen nahmen 1965 erstmals ca. 700 polnische Arbeiter und Techniker eine Tätigkeit auf. Sie halfen zunächst insbesondere mit beim Bau der Erdöl-Pipeline vom Rostocker Hafen nach Leuna und Schwedt, bei der Erweiterung des Eisenhüttenkombinats

⁵ Krüger-Potratz, 1991, S. 21.

⁶ Vgl. Waibel, 2006.

⁷ Balibar/Wallerstein, 1992, S. 49 - 81.

⁸ Balibar, S. 192.

Ost in Eisenhüttenstadt sowie bei Rekonstruktionsmaßnahmen bei der Deutschen Reichsbahn; 1967 kamen dann noch etwa 15'000 Migranten aus Ungarn zur Ausbildung und Arbeit in die DDR. Eine andere; größere Gruppe waren Studierende und Praktikanten, ebenfalls aus den jungen Staaten des Trikont, die beruflich qualifiziert werden sollten.

Im März 1989 lebten ungefähr 170'000 Ausländer in der DDR; das entsprach einem Anteil von ca. 1 % an der Gesamtbevölkerung. Die Hälfte davon waren Arbeitskräfte, wobei die wichtigsten Herkunftsländer Algerien, Angola, Bulgarien, Ghana, Guinea, Indien, Jugoslawien, Kamerun, Kongo, Kuba, Libyen, Nigeria, Mongolische VR, Mosambik, Polen, Sierra Leone, Türkei, Ungarn, Vietnam und Zimbabwe waren. Vietnamesen stellten, ab 1988, mit über 50.000 ArbeiterInnen den größten Anteil, gefolgt von über 30'000 Polen (inklusive der Pendler) und über 14'000 Mosambikanern. Die viertgrößte Gruppe waren die Kubaner mit ca. 10'000 ArbeiterInnen.⁹ Die übliche Aufenthaltszeit lag zwischen zwei und fünf Jahren und diese eng begrenzte Zeitspanne erlaubte, als strukturelle Vorgabe, keine Integration in die Gesellschaft. Eine weitere wesentliche institutionell vorgegebene Ursache war die Isolierung der Migranten in speziellen Unterkünften, meist außerhalb der Ortschaften, wo sie „kaserniert“ in beengten Räumen und ohne familiäre Bindungen, getrennt von der deutschen Bevölkerung, wohnen mussten.¹⁰

Zu den Arbeitsmigranten kamen noch ca. 380.000 Soldaten und Offiziere der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte mit zusätzlich ca. 120.000 Familienangehörigen. Die Feindseligkeiten, die ihnen entgegen gebracht wurden, sind hier von besonderer Bedeutung, weil hier anti-sowjetische Einstellungen sichtbar werden, die einem der zentralen weltanschaulichen und staatstragenden Anschauung der DDR zu wider liefen. Die Darstellung, der aus den Archivmaterialien gewonnen empirischen Resultate des aggressiven Rassismus, konzentriere ich auf die Gruppen der Afrikaner und Araber sowie auf Polen und Angehörige der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte, die beide auf einen tradierten anti-slawischen Rassismus verweisen. Es soll nicht nur allein die Existenz des Rassismus in der DDR belegt werden, sondern es soll auch deutlich werden, wie er mit der institutionellen und der soziologischen Ebene verknüpft war.¹¹ Seit sich Migranten aus dem Trikont in der DDR aufhielten, sind rassistische Angriffe fest zu stellen. Afrikanern und Arabern wurden, ebenso wie auch den Polen, mangelnde Einstellungen zur Arbeit vorgeworfen, ihre Ordnungs- und Sauberkeitsgewohnheiten wurden immer wieder als „ekelerregend“ abqualifiziert.

Institutioneller und gesellschaftlicher Rassismus

Die Angriffe auf das Leben und die Gesundheit der Arbeits-Migranten in der DDR waren vielfältig und sie bewegten sich übergangslos zwischen den institutionellen und den gesellschaftlichen Ebe-

⁹ Krüger-Potratz, 1991, S. 171; Gruner-Domic, 1992.

¹⁰ Krüger-Potratz, 1991, S. 173 - 182.

nen der DDR, da wo sie arbeiteten und da wo sie sich in ihrer Freizeit bewegten. Ich habe nachfolgend einige Beispiele ausgesucht, die mir erhellend erscheinen, für die komplizierten Situationen in denen ausländische ArbeiterInnen rassistisch angegriffen worden sind:

Im September 1960 befanden sich 13 guineische Arbeiter an der „Betriebsberufsschule Heinz Kapelle“, einer Ausbildungsstätte der polygraphischen Industrie. Dort wurde ihre Arbeitsdisziplin als problemlos eingeschätzt, jedoch vermisste die Schulleitung bei den Afrikanern die nötige Motivation und das feste Engagement, sich auch nach Arbeitsschluss, fachlich weiter zu qualifizieren. Trotz wiederholter Mahnungen weigerten sie sich, in ihrer Freizeit zu arbeiten. Elf der Auszubildenden waren in vier Zimmern der Schule untergebracht, und die Schulleitung legte von Anfang an großen Wert auf die Einhaltung von Ordnung und Sauberkeit, nach den Maßstäben die sie den Bewohnern vorschrieb. Dies war, mit Ausnahme eines Zimmers, zu realisieren. Die für die Reinigung der Zimmer vorgesehenen Putzfrauen, weigerten sich schließlich in diesem bestimmten Zimmer zu putzen. Die Schulleitung akzeptierte dieser Arbeitsverweigerung ausdrücklich und sie erklärte, dass es den Putzfrauen nicht zu zumuten sei, den „verschmutzten“ Raum zu säubern. Mehrere Gespräche mit einem, von den betroffenen Arbeitern gebildeten Dreierkomitee, brachten keine Veränderungen. Mit dem Einsatz von Vorgesetzten (Lehrern, Meistern und Funktionären) wollte die Leitung eine persönliche Beziehung zu den Ausländern aufbauen, um sie an die Verhältnisse in der DDR anzupassen. Für diese Art der Betreuung zeigten die meisten ausländischen Arbeiter jedoch kein Interesse, weil sie sich dadurch in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sahen.

Die Schulleitung berichtete der Abteilung Außenpolitik des ZK der SED von ihren Erfahrungen mit dem Konflikt. In diesem Bericht sind rassistische und sexistische Stereotypen enthalten, wie negative Beurteilungen zum Fleiß, zu Ordnungsvorstellungen und zu Kontakten zu deutschen Mädchen und Frauen, die bis zu intimen Verhältnissen gegangen sein sollen, über die in der Bevölkerung bereits gesprochen wurde. Jedoch wären einige dieser Frauen unter der Aufsicht der Gesundheitsbehörde, so dass Funktionäre bzw. die Schulleitung nicht eingreifen konnten. Diese Information muss als verdeckter Hinweis für Prostitution gelten, die in der DDR verboten war. Schließlich stellten Funktionäre fest, dass die Ausländer ihr Taschengeld von 150,- M pro Monat nicht „sinnvoll“ ausgeben konnten. Es sollte nochmals, ohne aufdringlich zu wirken, von der Schulleitung Einfluss genommen werden auf die Lebensweise der Guineer.¹²

*

1961 wurden zwei ghanaischen Studenten von Angestellten der Farbenfabrik Wolfen die Kopfhare komplett rasiert. Als „Entgelt“ bekamen die Studenten 10 Mark. Ein „Komitee der Afro-asiatischen

¹¹ Balibar/Wallerstein, S. 51f.

Studenten“ in Leipzig berichtete im Juni in einem Protestbrief an die Abteilung Leserbriefe des *Neuen Deutschland* (ND) über diesen rassistischen Vorfall und beschwerte sich darin über ostdeutsche „Faschisten und Militaristen“, die die Ausländer missbrauchten. Sie forderten die Beseitigung „kapitalistischer Methoden und Rassenhass in einem sozialistischen Land“ sowie die sofortige Entfernung „faschistischer“ Elemente aus der Verwaltung der Farbenfabrik Wolfen. Die Redaktion des ND sandte dieses Schreiben an die Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED. Von dort „wanderte“ das Schreiben über die ZK-Abteilung Wissenschaften zur ZK-Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen und dann über das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen zur Staatlichen Plankommission. Von dort aus wurde dann schließlich der Farbenfabrik Wolfen mitgeteilt, dass solche Übergriffe auf ausländische Studenten nicht gebilligt werden könnten.¹³ Die Studienleitung ermittelte als Verfasser des Pamphlets einen indischen Student und es wurde behauptet, dass ein „Komitee der Afro-asiatischen Studenten“ in Leipzig gar nicht existierte. Bei seiner Vernehmung wies der Student aus Indien darauf hin, dass er seine Informationen aus Gesprächen mit Studenten aus Ghana, Sierra Leone und Nigeria gewonnen hatte. Er hätte jedoch ohne deren Auftrag gehandelt.

*

Der Kaderhauptleiter des VEB Carl-Zeiss Jena schrieb im April 1962 einen Brief an das Ministerium für Volksbildung, Abteilung Ausländerbetreuung in Berlin (DDR) und teilte darin mit, dass für drei gewerbliche Lehrlinge aus Kamerun, sie sollten zu Feinmechanikern ausgebildet werden, in der Betriebsakademie des VEB Carl Zeiss Jena, die Lebens- und Arbeitsbedingungen unhaltbar geworden waren. Sie wohnten im Lehrlingswohnheim des Betriebes und die Direktion des Betriebes wollte sie aus dem Wohnheim entfernen, weil sie sich gegen Lehrer und Ausbilder „frech und zynisch“ und gegenüber der Heimleitung „äußerst undiszipliniert“ verhalten hatten. Daraufhin wurden sie in einem Heim untergebracht, in dem ausschließlich „gute Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler“ logierten. Die Verlegung in ein Kollektiv älterer Kollegen, ausgestattet mit „ausgereiften und guten Erfahrungen“ sollte den weiteren Prozess positiv gestalten. Dem konnten die afrikanischen Arbeiter nicht zustimmen und sie setzten dem Hausverwalter „körperlichen Widerstand“ entgegen. In der darauf folgenden Aussprache bat die Heimleiterin „händeringend“, die drei Jugendlichen aus dem Heim zu entfernen, damit im Wohnheim „endlich wieder Ordnung und ein friedliches Nebeneinander“ möglich sei. Zuvor hatten Volkspolizisten mehrere deutsche Mädchen oder Frauen aus dem Zimmer der Kameruner „entfernt“. In verschiedenen Abteilungen des Betriebes war die Stimmung unter den deutschen Werkträgern erregt und es kam zu keinen „gesunden“ Diskussionen. Es wurde ein Ultimatum gesetzt, entweder sollten sie aus der DDR ausgewiesen werden oder es

¹² Kurzbericht des Leitungskollektivs der Betriebsberufsschule Heinz Kapelle an das ZK der SED, Abteilung Außenpolitik, Pössneck vom 28.09.1960, IfGA, ZPA, IV 2/20/57.

sollte, innerhalb der Ausbildungsmöglichkeiten des Ministeriums für Volksbildung, eine anderweitige Verwendung für die Afrikaner gefunden werden.¹⁴ In einem Brief an den Direktor des VEB Carl Zeiss Jena stellten die Kameruner, abweichend von der Beschreibung der ostdeutschen Funktionäre, ihre Version des Konfliktes dar. Sie beklagten die mangelnde Unterstützung der Betriebsleitung, die auf ihre Hilferufe nicht eingegangen war. Man bliebe ihnen und ihren Problemen gegenüber gleichgültig und die politische und soziale Atmosphäre mache ihnen das Leben in Jena „unmöglich“, da die Einwohner der Stadt gegenüber Afrikanern „schlecht eingestellt“ waren. Bei niemandem konnten sie Unterstützung finden. Die Betriebs- wie auch die Heimleitung verboten ihnen Besucher zu empfangen. Anfang April 1962 waren Volkspolizisten bereits das zweite Mal in ihrer Unterkunft erschienen und sie schickten einen Gast, der aus Naumburg gekommen war, wieder nach Hause. Die Kameruner protestierten in ihrem Brief gegen die „unbarmherzigen“ polizeilichen Maßnahmen und sie erklärten, dass es für sie unmöglich sei in einer Unterkunft zu wohnen, in der sie keine Besucher empfangen dürften. Sie verlangten von den Behörden innerhalb von sieben Tagen eine Zusage für uneingeschränkte Besuchsmöglichkeiten, anderenfalls würden sie ihren Aufenthalt in der DDR beenden und nach Afrika zurückkehren.¹⁵

*

Im Mai 1962 schrieb ein aus dem Kongo stammender Student ein Protestschreiben an das ZK der SED, Abteilung Internationale Angelegenheiten, worin er sich darüber beschwerte, dass man ihm nicht erlaubte sein Studium fortzusetzen. Sein Studium war auf Betreiben der Behörden abgebrochen worden, weil er im Juni 1961 seinen Bruder in Brüssel vier Wochen lang besucht hatte - dafür hatte er keine staatliche Erlaubnis. Zur Strafe wurde ihm die unmittelbare Wiederaufnahme des Studiums verwehrt, und er sollte, um seinen guten Willen zu zeigen, für einige Monate in der Industrie arbeiten. Außerdem beklagte er die beschränkte Aufenthaltsgenehmigung, die ihm nicht erlaube, den Landkreis Bitterfeld zu verlassen. Seit seiner Reise waren mittlerweile neun Monate vergangen und ihm war noch immer nicht mitgeteilt worden, wann er sein Studium fortsetzen könne. Er habe mit der für das Pass- und Meldewesen verantwortlichen Volkspolizei in Bitterfeld, mit dem Kreisvorstand des FDGB Bitterfeld, mit der Kreisleitung der SED und mit der Vereinigung der kongolesischen Studenten in Leipzig deswegen Kontakt aufgenommen, doch waren diese Bemühungen ohne Ergebnis geblieben. Auch schriftliche Anfragen beim Rat des Bezirks und bei der Bezirksleitung der Volkspolizei in Halle waren ohne Erfolg geblieben. Er bat das ZK der SED um

¹³ SED Hausmitteilung IV/5/Tm 1996/642/62 vom 27.07.1961, IfGA, ZPA, IV 2/20/57.

¹⁴ Abschrift eines Schreibens des Kaderhauptleiters des VEB Carl Zeiss Jena vom 11.04.1962 an das Ministerium für Volksbildung, Abteilung Ausländerbetreuung, Berlin, IfGA, ZPA, IV 2/20/57.

¹⁵ Ebenda.

Kontaktaufnahme mit dem Bundesvorstand des FDGB, um seine Bewegungsfreiheit wiederherzustellen und um Genehmigung für die Fortsetzung seines Studiums.¹⁶

*

Im März 1966 wurden drei kongolesische Studenten im „Klub der Jugend und Sportler“ in der Berliner Karl-Marx-Allee, von fünf deutschen Jugendlichen mit körperlicher Gewalt angegriffen und mit rassistischen Sprüchen beschimpft. Anrückende Volkspolizisten wurden in das Handgemenge verwickelt, worauf sich der Einsatzleiter eines Funkstreifenwagens leichte Verletzungen zu zog. Gegen die fünf deutschen Arbeiter, zwei Fleischer, zwei Betonbauer und einen Beifahrer, wurden Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch eingeleitet.¹⁷

*

Anfang September 1975 kam es im Bezirk Erfurt zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Ostdeutschen und Algeriern. Die verantwortlichen deutschen „Rädelsführer und Rowdys“ wurden gerichtlich zur Verantwortung gezogen.¹⁸ Als angebliche Ursachen wurde angesehen, die Täter wären ungenügend informiert gewesen über die Situation der Algerier, die ihres Landes und hinzu sei gekommen, dass sie mangelnde Freizeitmöglichkeiten aufzuweisen hätten. Bei ihnen wurden „antisozialistische und nationalistische“ Einstellungen festgestellt.¹⁹ Der Rat der Stadt, der Rat des Kreises und verschiedene Grundorganisationen der SED sollten eine „umfassende“ politische Arbeit entwickeln, um freundschaftliche Beziehungen mit den Algeriern bei der Arbeit und in der Freizeit auszubauen. Dazu sollten „Freundschaftstreffen“ und sportliche Wettkämpfe organisiert und abgehalten werden. Viele Ostdeutsche hätten über das Land Algerien nur mangelnde Kenntnisse aufzuweisen, dass erschwere die Annäherung.

*

Im November 1975 hatten algerische Arbeiter im Kombinat Schwarze Pumpe durch einen Streik 120 Mark mehr Lohn erkämpft. Dieser erfolgreiche Streik löste in vielen Bereichen große Unzufriedenheit bei deutschen Werkträgern aus und zusammen „mit Feindschaft kam es zu einer komplizierten politischen Lage“, wie es im Jargon der Bürokratie nebulös formuliert wurde. Die verfügbaren Informationen zu diesem Vorgang schließen mit der Bemerkung, die Funktionäre hätten die politische Situation im Kombinat wieder unter ihre Kontrolle gebracht.²⁰

*

Im Jugendklub „Stadtzentrum“ in Suhl fand Ende 1975 eine Schlägerei zwischen „unseren“ Jugendlichen und circa zwanzig Algeriern statt. Volkspolizisten und FDJ-Ordnungsgruppen beende-

¹⁶ Schreiben an das ZK der SED, Abteilung Internationale Angelegenheiten, 23. Mai 1962, IfGA ZPA IV 2/20/57.

¹⁷ FDJ Notiz 2/873, JA, IZJ, E 4.127.

¹⁸ Monatliche persönliche Information, FDJ BL Erfurt, 04.09.1975, JA, IZJ, A 9.236, S. 11.

¹⁹ Ebenda, S. 11.

²⁰ Persönliche Information der FDJ BL Cottbus, November 1975, JA, IZJ, A 9.222, S. 1-7.

ten die Auseinandersetzungen. Neun Verletzte, darunter zwei Schwerverletzte, wurden registriert. Die Ursachen wurden nicht ermittelt.²¹

*

Im Anschluss an eine Veranstaltung kam es im April 1976 in Aken, Kreis Köthen, zu einer Schlägerei zwischen Algeriern und Deutschen, an der insgesamt etwa dreißig Personen beteiligt waren - darunter auch Mitglieder von Ordnungsgruppen der FDJ. Einer von ihnen wurde als „Verantwortlicher“ für die handfesten Auseinandersetzungen verhaftet. Nach diesem Ereignis wurden in Aken feindselige Stimmungen gegen algerische Arbeiter festgestellt.²²

*

Zum 30. Jahrestag der Gründung der FDJ fand 1976 eine geschlossene Veranstaltung statt. FDJ-Ordnungsgruppen, sie kontrollierten den Eingang, verwehrten am Eingang zwei Algeriern den Eintritt. Daraus entwickelte sich eine physische Auseinandersetzung, bei der einige Personen verletzt wurden. Den Algeriern konnte keine Schuld nachgewiesen werden und es wurde deshalb auf die Einleitung von Ermittlungsverfahren verzichtet.²³

*

Ende August 1976 wurde in Aschersleben, Bezirk Halle, eine Schlägerei zwischen Algeriern und Deutschen durch die Volkspolizei beendet.²⁴ Die Algerier wollten den Jugendklub in der Güstener Straße betreten, doch der Einlass wurde ihnen mit der Begründung verwehrt, der Saal sei bereits überfüllt. Im Anschluss daran trat ein algerischer Jugendlicher nach dem Türsteher, worauf mehrere Ostdeutsche in den Streit eingriffen. Von den Algeriern wurden Messer und Stöcke eingesetzt. Insgesamt wurden sechs Personen verletzt, von denen vier in stationäre Behandlung mussten. Gegen die fünf Algerier wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet und ihre Einlieferung in Untersuchungshaft veranlasst.²⁵

*

An der Bergakademie Freiberg kam es während der FDJ-Studententage im Frühjahr 1978 zu einer Schlägerei zwischen Ostdeutschen und algerischen Studenten. Nach diesem Vorfall schürten einige FDJ-Mitglieder die fremdenfeindliche Stimmung weiter an. Die örtliche FDJ-Leitung unternahm nichts gegen die Hetze „aus den eigenen Reihen“.²⁶

²¹ Information über besondere Vorkommnisse unter der Jugend vom 01.10.1975 - 30.11.1975, FDJ Abteilung Verbandsorgane, Vertraulich, Berlin, 08.12.1975, JA, IZJ, A 9.636, S. 5.

²² Information über besondere Vorkommnisse unter der Jugend vom 20.03.1976 bis 04.05.1976, Vertraulich, FDJ Abteilung Verbandsorgane vom 11.06.1976, JA, IZJ, A 9.246, S. 4.

²³ Besondere Vorkommnisse im Zeitraum von Januar 1975 bis März 1976, FDJ Abteilung Verbandsorgane, JA, IZJ, A 9.636, S. 4.

²⁴ Information über besondere Vorkommnisse unter der Jugend vom 01.08.1976 - 08.09.1976, ZR der FDJ, Abteilung Verbandsorgane, JA, IZJ, A 9.246, S. 2. Diese Information gelangte durch die örtliche Volkspolizei über das Ministerium des Innern, an den ZR der FDJ und dort zur Abteilung Verbandsorgane.

²⁵ Ebenda.

²⁶ Persönliche Information der FDJ BL Karl-Marx-Stadt, 08.05.1978, JA, IZJ, A 9.625, Anlage.

*

In der Mensa der Ingenieurhochschule in Zittau kam es Anfang 1983 zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen FDJ-Mitgliedern und Studenten aus Libyen. Einem Deutschen wurde mit einer abgeschlagenen Flasche ein Arm aufgeschnitten, einem Libyer wurde ein Arm gebrochen. Eine FDJ-Ordnungsgruppe benötigte etwa eine halbe Stunde, um das Handgemenge zu beenden. Die libyschen Studenten forderten die Bestrafung der FDJ-Mitglieder und sie erklärten, wenn dies nicht geschehe, würden sie zur Selbstjustiz greifen.²⁷

*

Im Zentrum Berlins (DDR) prügelten im Sommer 1989 ungefähr zwanzig Ost-Deutsche auf vier Afrikaner ein. Vier deutsche Jugendliche, ihnen schrieb die Staatsanwaltschaft eine besonders aktive Rolle zu, kamen vor Gericht. David, Markus und Olaf, alle 19jährig, saßen bis zur Verhandlung bereits drei Monate in Untersuchungshaft. Stefan, der vierte Angeklagte, zur Tatzeit 15jährig, wurde als besonders aktiver Schläger eingestuft, weil er mit wüsten Beschimpfungen gegen die Afrikaner aufgetreten war. Im Ermittlungsverfahren sagte er aus, er sei ein Skinhead und bekenne sich zum „Nationalstolz, zur Kameradschaftlichkeit und zum Ausländerhass“. In der Hauptverhandlung widerrief er diese Aussage und er behauptete nun, er sei nie Skinhead gewesen. In seiner Wohnung wurden Schnürstiefel mit Stahlkappen und fotokopierte Zeitungen aus dem Nationalsozialismus gefunden und beschlagnahmt. Während der Gerichtsverhandlung bekräftigte Stefan jedoch seine rassistisch motivierte, grundsätzliche Ablehnung gegen alle dunkelhäutigen Menschen. Sein Vater unterstützte ihn vor Gericht bedingungslos und behauptete, sein Sohn sei kein Skinhead. Sibyllinisch erklärte der Vater, dass für die Schwierigkeiten seines Sohnes andere verantwortlich wären. Das Gericht verurteilte Stefan zu einem Jahr Gefängnis, Markus und Olaf zu je zehn Monaten Freiheitsentzug. Die Angeklagten hatten den angerichteten Schaden zu ersetzen.²⁸

*

In Leipzig richteten sich rassistische Attacken gegen das Wohnheim für ausländische Studenten des Herder-Instituts der Karl-Marx-Universität.²⁹

Anti-sowjetische Vorfälle

Bereits kurz nach dem Ende des 2. Weltkrieges verbreiteten sich anti-sowjetische Stimmungen, jedoch war dieser Anti-Sowjetismus nicht ausschließlich aus neo-faschistischen Motiven heraus entstanden, sondern auch deshalb, weil das stalinistische Besatzungsregime „... am schärfsten gegen kritische Kommunisten und Sozialdemokraten“ vorgegangen war.³⁰ Die Beziehungen zur Sowjet-

²⁷ Information des GO-Sekretärs der IHS Zittau vom 06.04.1983, JA, IZJ, A 10.633.

²⁸ *Junge Welt* vom 08.06.1989.

²⁹ Madloch, S. 93.

³⁰ Vgl. Abendroth, 1973, S. 179

union waren insgesamt von hervorgehobener Bedeutung und es ist davon auszugehen, dass diese Vorfälle einer besonderen Geheimhaltungsstufe unterworfen waren. Beim manifesten „Anti-Sowjetismus“ überschneiden sich militante antikommunistische Motive mit rassistischen, weil antislawischen und faschistischen Einstellungen und ermöglichen auch Einblicke in die langfristigen Auswirkungen der nationalsozialistischen Ideologie auf das politische Bewusstsein der ostdeutschen Bevölkerung.

*

In Meißen wurden Ende 1959 während und nach Tanzveranstaltungen in verschiedenen Orten des Kreises mehrere Erwachsene von Jugendlichen belästigt oder geschlagen. Gleichzeitig wurde bekannt, dass Meißener Jugendliche vor einem Objekt der Sowjetarmee das Deutschlandlied gesungen und „Heil Hitler“ gegrölt hatten.³¹

*

In Merseburg bedrohte 1959 ein Jugendlicher aus einer Gruppe heraus einen Soldaten der Sowjetarmee. Er wurde zu einem Revier der Volkspolizei gebracht und widersetzte sich dort Volkspolizisten.³²

*

Einen Tag nachdem das Lehrerkollektiv der Erich-Vogel-Oberschule in Oschatz, Bezirk Leipzig, im Jahre 1966 mit dem Staatstitel: „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ ausgezeichnet worden war, hing im Klassenzimmer eines Lehrers und SED-Sekretärs ein Zettel mit dem Text: „Wir lassen uns die Sowjetisierung der Schule nicht mehr länger gefallen. Die Bombe wird bald platzen. Mit faschistischem Gruß. Heil Hitler!“ Zwei FDJ-Mitglieder einer 10. Klasse wurden als Täter ermittelt. Bei einem von ihnen waren beide Elternteile Mitglieder der SED, beim anderen war ausschließlich der Vater SED-Genosse. Einer der Väter war Direktor eines Volkseigenen Betriebes und sein Großvater mütterlicherseits war anerkannter Verfolgter des Nationalsozialismus. Beide Schüler waren bis dahin nicht negativ aufgefallen und hatten auch keine Lernschwierigkeiten. Bei den Untersuchungen zur Aufklärung der Vorkommnisse zeigten sie sich engagiert und in der Mitgliederversammlung ihrer Klasse kritisierten sie sogar verdeckt das (eigene) verwerfliche Verhalten. Die FDJ schloss sie aus dem Verband aus - fünf Mitglieder der FDJ stimmten jedoch gegen den Ausschluss. Unter den Ausschlußgegnern befand sich auch der Sohn eines hauptamtlichen Pionierleiters, mit dem eine separate Aussprache geführt wurde.³³

³¹ Weitere Beispiele zur Bandentätigkeit in der DDR, FDJ Abteilung Organisation-Instrukteure, Berlin, 05.12.1959, IfGA, ZPA, IV 2/16/230, S. 2.

³² Ebenda, S. 4.

³³ Abschrift eines Fernschreibens der FDJ BL Leipzig vom 02.12.1966, JA, IZJ, E 4.126, S. 1 - 3.

*

Mehrere Jugendliche aus Rathenow „provozierten“ im Jahr 1968 sowjetische Soldaten und ihre Angehörigen. Danach wurden Hausversammlungen und Aussprachen mit den Eltern organisiert. Dabei stellten Funktionäre fest, dass in den Veranstaltungen nicht alle Erwachsenen bereit waren, das Verhalten der Jugendlichen zu verurteilen. Nur in der Hälfte aller Versammlungen gelang es den Funktionären, ihre Mitglieder zu einer Verurteilung der antisowjetischen Aktionen zu bewegen.³⁴

*

Zum 30. Jahrestag der „Befreiung vom Hitlerfaschismus“ wurde 1975 die Rolle der Sowjetunion und die Bedeutung des Sieges der Roten Armee über die Wehrmacht folgendermaßen in Frage gestellt: „War der Krieg noch gerecht als die Rote Armee ihre eigenen Landesgrenzen überschritten hatte? Wäre es möglich, weniger Fernsehfilme über Kriegsereignisse zu senden?“. Schließlich gab es auch Diskussionen über das Verhalten von sowjetischen Soldaten nach dem Ende des Krieges und über die sowjetische Demontage- und Reparationspolitik. SED-Funktionäre erklärten, Jugendliche würden durch ältere Zeitgenossen insofern beeinflusst, als sie das Geschichtsbild und die „sozialistischen“ Grundhaltungen der DDR in Frage stellten.³⁵ Weiter wurde ironisch und provokant gefragt, ob die DDR den Sieg über Hitlerdeutschland mit errungen hätte, da nicht der Kapitulation des Deutschen Reiches gedacht, sondern die Befreiung vom Faschismus gefeiert werde. Außerdem wurde noch die zeitlich ausgedehnte Dauer der Kriegsgefangenschaft von Wehrmachtsangehörigen in der UdSSR, als auch die Reparationsleistungen an die Sowjetunion kritisiert.³⁶ Dreißig Jahre nach dem Ende des II. Weltkrieges waren Kenntnisse über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust nicht fundiert und sie widersprachen den offiziellen Geschichtsdogmen der SED. Trotz der intensiven staatlichen Versuche, die Sowjetunion den Ostdeutschen auch emotional nahe zu bringen, waren Jugendliche, für die offizielle historische Geschichtsbetrachtung nicht mehr zu gewinnen.³⁷ Bei organisierten Kinobesuchen zum Film *Blockade* gab es bei mehreren Filmsequenzen „provokatorische“ Verhaltensweisen. In diesem fiktiven Farbfilm wird auf der Grundlage eines gleichnamigen Romans von A. Tschakowski in Spielhandlungen die Belagerung Leningrads durch die Hitlerwehrmacht vom Herbst 1941 bis zum Anfang des Jahres 1944 aufbereitet. Die Spielszenen werden unterbrochen durch eingefügte Wochenschaubilder aus den Hauptquartieren von Stalin bzw. Hitler. FDJ-Funktionäre verbanden die antisowjetischen bzw. profaschistischen Vorfälle wäh-

³⁴ Fakten und Tendenzen vom 27.09.1968, JA, IZJ, E 6.152.

³⁵ Information der FDJ BL Dresden, April 1975, JA, IZJ, A 9.215, S. 2f. Hier wurde auf den Einfluss der „gegnerischen Propaganda“ hingewiesen, die zu kritischen Fragen und Einstellungen über die historische Rolle der Sowjetunion geführt hatte. Hier wurde auch der „negative“ Einfluss genannt, der von älteren Ost-Deutschen auf Kinder und Jugendliche ausgegangen sei.

³⁶ Monatliche persönliche Information der FDJ BL Erfurt vom 06.06.1975, JA, IZJ, A 9.236, S. 3.

³⁷ Monatliche Information der FDJ BL Frankfurt/Oder, Juni 1975, JA, IZJ A 9.223, S. 2.

rend der Filmvorführung mit der Situation in der Berufsschule eines Baukombinates, wo in einem Kollektiv „nazistischer Ungeist propagiert“ worden war.³⁸

*

Auf dem Alexanderplatz in Berlin (DDR) kam es im Oktober 1977 zu schweren Krawallen zwischen Hooligans und Einheiten der Volkspolizei, die eingegriffen hatte, weil Losungen gegen die Sowjetunion gerufen worden waren. Die Ausschreitungen begannen nach einem Fußballspiel des 1. FC Union Berlin und, was Ausmaß und Intensität betrifft, gehörten sie zu den gewichtigsten Straßenkämpfen in der DDR.³⁹

*

Im Oktober 1979 gastierten im Bezirk Frankfurt/Oder mehrere hundert Komsomolzen. Beim Begrüßungsabend, er wurde durch eine Ordnungsgruppe der FDJ gesichert, störten zwei Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA), die Veranstaltung mit Rufen wie: „Ihr roten Schweine“. Einer der Deutschen nahm sogar Ziegelsteine und bewarf damit den Sekretär der FDJ-Kreisleitung Beeskow, der sich in ärztliche Behandlung begeben musste. Die Militärstaatsanwaltschaft leitete ein Ermittlungsverfahren ein.⁴⁰

*

Der stellvertretende Direktor der Puschkinoberschule in Prenzlau, Bezirk Neubrandenburg, bemerkte 1981 faschistische Losungen in einem Aufenthaltsraum für Schüler. Auf einem Linolschnitt standen Parolen wie: „Heil Hitler - wir wollen die Grenzen von 1934 - Russen raus aus Deutschland“. Dazu war noch ein Hakenkreuz gemalt worden.⁴¹

*

An der Pestalozzi-Oberschule in Freital schrieben im Oktober 1982 zwei Schüler einer 6. Klasse im Deutschunterricht: „Ich würde gern vor Moskau stehen und den Gashahn auf- und zudrehen - Aus den russischen Knochen will ich mir eine schöne Suppe kochen“. Diese Parolen waren in der Klasse in Umlauf gebracht worden und um eine Verbreitung zu verhindern, sollte auf eine Aufklärung verzichtet werden, jedoch konnte dieses Vorhaben nicht realisiert werden. Ein Schüler einer 5. Klasse war aus dem Sportunterricht genommen worden, weil er öfters den „Hitlergruß“ gezeigt hatte. Eine Freundschaftspionierleiterin in Freital wurde auf einer Parteiversammlung beschuldigt, dass sie die Leitungswege nicht eingehalten habe. Ohne zuvor die Zustimmung des Schuldirektors einzuholen, hatte sie die Kreisleitung der SED über dieses Ereignis informiert. Die Schulleitung hatte jedoch die

³⁸ Information der FDJ BL Dresden, November 1975, JA, IZJ, A 9.215, S. 6.

³⁹ Information über Meinungen zu den Ausschreitungen von Jugendlichen am 7.10.1977, SED Abteilung Parteiorgane, 13.10.1977, IfGA, ZPA, BPA, IV-2/5/490, S. 4. Hooligans in der DDR, vgl. Waibel, 1996, S. 107.

⁴⁰ Persönliche Information Monat September 1979, FDJ BL Frankfurt/Oder, JA, IZJ, A 9.622, S. 5.

⁴¹ Fernschreiben der FDJ Dresden an den ZR der FDJ Berlin, den 08.12.1981 und eine Meldung über ein besonderes Vorkommnis, JA, IZJ, A 10.823.

Ansicht vertreten, dass diese Vorkommnisse nicht als Vorkommnisse zu bewerten seien und sie deshalb nicht gemeldet werden müssten.⁴²

Anti-polnische Vorfälle

Polinnen und Polen wurden sehr häufig negativ bewertet und aggressiv angegriffen. Dies auch, weil die SED mit nationalistisch und anti-polnisch besetzten Vorurteilen Propaganda gegen die politische Entwicklung in Polen betrieb. Die durch alle Medien der DDR betriebene Hetze gegen Polen blieb nicht ohne nachhaltige Auswirkungen auf die Bewusstseinslage der Ostdeutschen. Dabei knüpfte diese Volksverhetzung an anti-polnische, ja anti-slawisch besetzte Ressentiments an, deren Ursachen weit in die deutsche Vergangenheit zurückreichen. So sind rassistische Stereotypen über die Polen als angeblich undiszipliniertes Volk, dem die Tugend Fleiß fehle, im Gegensatz zu den tüchtigen und fleißigen Deutschen, schon in der Zwischenkriegszeit in Deutschland virulent.⁴³ Einem umfassenden Aufsatz von Wippermann über die historische Dimension anti-slawischer bzw. anti-polnischer Einstellungen prominenter Denker (Hegel, Marx, Engels, Weber etc.), verdanke ich neue Einsichten in diese Problematik.⁴⁴ Die schwierigen, angespannten Beziehungen zwischen Ostdeutschen und Polen kamen nicht nur in der Gesellschaft zum Ausdruck. Auch in offiziellen politischen Kontakten zwischen den Jugendorganisationen beider Länder lagen eine Fülle von unlösbaren organisatorischen und inhaltlichen Konfliktsituationen vor; die zusammen mit den historischen und politischen Realitäten den Inhalt und den Rahmen für den latenten und manifesten Rassismus gegenüber Polen abgegeben hat

*

Im Werk Nord des EKB Bitterfeld wurde im November 1961 die Zimmertür des FDJ-Sekretärs mit einem Hakenkreuz und mit der Parole „Polen raus“ versehen.⁴⁵

*

Im Dezember 1965 hatten vier Jugendliche vor einer Gaststätte in Haidemühl, Landkreis Spremberg, Bezirk Cottbus einen polnischen Jugendlichen niedergeschlagen und mit einem Messer verletzt. Die Ostdeutschen sagten aus, sie hätten den Polen deshalb angegriffen haben, weil er aus Polen sei und weil er nicht gut deutsch sprechen könne. Die Angreifer begingen außerdem mehrere Sachbeschädigungen und sie gehörten einer Gruppe an, die durch einheitliche Kleidung aufgefallen

⁴² Meldungen über besondere Vorkommnisse der FDJ BL Dresden, 29.10.1982, JA, IZJ, A 10.632.

⁴³ Vgl. Fischer, S. 32 - 38.

⁴⁴ Vgl. Wippermann.

⁴⁵ Information über Feindsätigkeit und Besondere Vorkommnisse aus den Informationsberichten der FDJ-Bezirksleitungen vom 23.11.1961, VV I/13, Berlin, den 25.11.1961, FDJ Abteilung Organisation-Instrukteure, JA, IZJ, A 3.726.

war. Sie wurden festgenommen, und die Bearbeitung des Falles wurde der Volkspolizei in Spremberg und der Bezirksdirektion der Volkspolizei in Cottbus übertragen.⁴⁶

*

Ab 1972 war die Grenze zwischen Polen und der DDR für den Handel geöffnet worden. Im Kreis Pasewalk wurde verbreitet, dass polnische Einkäufer Mangelware „weggekauft“ hätten und es wurde verbreitet, polnische Gastarbeiter bekämen bei ihrem Eintreffen in der DDR sofort Wohnungen, obwohl bezugsfertige Wohnungen kaum zu bekommen wären. Die Polen kämen mit einer Umzugskiste an, um dann vom Staat gleich eine ganze Wohnungseinrichtung zu bekommen. Es wurden Befürchtungen dahingehend geäußert, der freigegebene Reiseverkehr mit Polen (und der Tschechoslowakei) würde zum „Ausverkauf“ der DDR führen. Funktionäre mussten bei Diskussionen mit Jugendlichen konstatieren, dass diese ihre polenfeindlichen Äußerungen von Erwachsenen (Eltern) übernommen hätten.⁴⁷

*

Im Dezember 1972 wurden vor dem Stadtbezirksgericht Weißensee fünf Jugendliche angeklagt (alle Mitglieder der FDJ).⁴⁸ Sie hatten Eva S., eine Mitschülerin der 9. Klasse der 3. Oberschule in Berlin-Weißensee, verbal und handfest wegen ihrer polnischen Nationalität angegriffen. Seit September 1972 war sie neu in der Klasse und beim Anfertigen von Lebensläufen erfuhren die Mitschüler, dass Eva polnische Staatsbürgerin war. Sie wurde danach von ihren Mitschülern als „Pollacke“, „Pollacken-Girl“ und „Pollacken-Eva“ beschimpft. Während des polytechnischen Unterrichts im VEB Elektroprojekt/Anlagenbau war sie mit Hartgummiteilen beworfen worden und in der S-Bahn, auf dem S-Bahnhof Prenzlauer Berg, wurde sie von mehreren Jugendlichen auf den Kopf und ins Gesicht geschlagen. Einen Tag später, während des Deutschunterrichts, „provozierte“ ein Mitschüler erneut eine tätliche Auseinandersetzung. Er schlug ihr mehrmals ins Gesicht und riss ihr ein größeres Büschel Haare aus. Nach diesen Attacken erstattete Eva Anzeige bei der Volkspolizei. Nun wurde festgestellt, dass die Angriffe in allgemeine Gehässigkeiten und Aggressionen eingebettet waren. Der Klassenleiter, die Fachlehrer und die Direktorin wurden gerügt, weil sie nicht rechtzeitig und nicht genügend die Angriffe auf das Mädchen als „politischen Vorgang“ erkannt hatten. Weiter wurde ermittelt, dass Teile dieser Schulklasse, bereits ein Jahr zuvor bei einem Besuch in der Gedenkstätte des ehemaligen KZ Sachsenhausen in Oranienburg, sich „unwürdig“ verhalten hatten. Trotz der „umfassenden Auswertung“ durch Lehrer und Funktionäre wären die Konsequenzen aus dem damaligen Vorfall ungenügend gewesen.⁴⁹

⁴⁶ Notiz der FDJ Abteilung Organisation/Kader, Besonderes Vorkommnis Nr. 352/65, VVS I/13, vom 18.12.1965, JA, IZJ, E 4.127.

⁴⁷ Monatliche Persönliche Information der FDJ BL Neubrandenburg vom 07.02.1972, VV XVI, Vertraulichkeit gelöscht mit Wirkung vom 06.04.1972 vom Zentralrat der FDJ, Leiter der VS-Hauptstelle, JA, IZJ, A 9.127.

⁴⁸ Urteil des Bezirksgericht Weißensee, IfGA, ZPA, BPA, IV C-2/13/674.

⁴⁹ Information der SED BL Berlin vom 14.12.1972, IfGA, ZPA, BPA, IV C-2/13/676.

Die Vernehmungen ergaben, dass sämtliche männliche Jugendliche der Schulklasse die Angriffe auf Eva entweder unterstützt oder geduldet hatten. Mit diesem Vorkommnis beschäftigten sich die Schüler der oberen Klassen, die Lehrkräfte und eine Genossen- bzw. Elternversammlung. Das „Elternaktiv“ der Schulklasse führte eine Auswertung durch und es wurden Wandzeitungen und Aus-hänge erstellt, in deren Mittelpunkt die „Deutsch-Polnische Freundschaft“ stand.⁵⁰ Die zwei als „Undisziplinierte und Anführer“ bekannten Schüler R. und K. wurden aus der Klasse entfernt und an andere Schulen mit „stabilen Klassenkollektiven“ strafversetzt. Vom 9.12. bis zum 14.12.1972 waren die fünf Schüler in Untersuchungshaft und die Vernehmungen bestätigten ihre anti-polnischen Ressentiments. Sie erklärten dort, sie fühlten sich bei den Angriffen auf Eva deshalb im Recht, weil „Versorgungsschwierigkeiten durch Einkäufe polnischer Touristen“ bestanden hätten.⁵¹ Für den „Generalstaatsanwalt von Groß-Berlin“ ergaben sich, nach Rücksprachen mit der Abteilung Jugendkriminalität beim Generalstaatsanwalt sowie mit der Abteilung Volksbildung beim „Magist-rat von Groß-Berlin“, keinerlei Erfahrungen mit anderen rassistischen Vorkommnissen (!). Der Ge-neralstaatsanwalt stimmte mit den anderen Behörden überein, dass in diesem Verfahren nur kurz-fristige Haftstrafen beantragt werden sollten. An dem Gerichtsprozess nahmen ein Vertreter und ei-ne Vertreterin der Abteilung Jugendkriminalität des Generalstaatsanwalts von Groß-Berlin teil. Am 11. Dezember 1972 informierte die SED-Kreisleitung Weißensee K. Naumann, Mitglied des ZK und 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, über den antipolnischen Vorfall und mit dieser übergeordneten Ebene nimmt die Erörterung und Beurteilung der Vorgänge um Eva eine dramati-sche Wendung. Am Vormittag des 14. Dezember 1972 erhielt der Generalstaatsanwalt eine Infor-mation des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), wonach der Sachverhalt in dieser Strafsache anders gelagert und in Verbindung mit der politischen Situation in Berlin (DDR) wäre eine andere gerichtliche Reaktion als vorgesehen notwendig geworden. Daraufhin beantragte die Ge-neralstaatsanwaltschaft nur eine Strafe nach § 70 StGB (Freizeitarbeit). In der Hauptverhandlung erklärten alle fünf Angeklagten übereinstimmend, sie seien keinesfalls wegen der polnischen Staatsbürgerschaft gegen ihre Mitschülerin vorgegangen. Die beleidigenden Äußerungen seien un-bedacht gewesen und sie bezeichneten diese als „Neckereien“. Grundsätzlich hätten sie „keinerlei Vorbehalte“ gegen Bürger aus befreundeten Ländern. So wurden die rassistisch motivierten Vor-gänge zu einer verfehlten Liebesgeschichte umgewandelt, bei der der Angeklagte Frank sich zu Recht von Eva beleidigt fühlte, weil sie mit ihm kein freundschaftliches Verhältnis eingegangen war. Das habe die anderen Schüler ebenfalls gekränkt und sie seien ihm deshalb beigestanden.⁵²

⁵⁰ Information der SED BL Berlin vom 11.12.1972, IfGA, ZPA, BPA, IV C-2/13/674.

⁵¹ Bericht der SED KL Berlin-Weißensee an Konrad Naumann vom 11. Dezember 1972, IfGA, ZPA, BPA, IV C-2/13/674.

⁵² Ebenda, S. 4.

Die Hauptverhandlung klärte nicht auf, weshalb die Angeklagten im Gegensatz zu ihren Aussagen bei den polizeilichen Vernehmungen, jetzt keine anti-polnischen Motive mehr angegeben hatten. Im Urteil des Gerichtes hieß es dann nur noch lapidar, die Angeklagten hätten Eva aus persönlichen Gründen angegriffen. Ein Bezirksschulinspektor der Abteilung Volksbildung des Magistrats von Berlin (DDR), beschwerte sich über die äußerst schleppende Verhandlungsführung des Gerichtes. Er bemerkte dazu, es sei versäumt worden, die Jugendlichen mit ihren anti-polnischen Aussagen aus der Voruntersuchung zu konfrontieren. Ebenso habe es das Gericht unterlassen, die Direktorin, die Lehrer und die Vertreter des Klassenelternaktivs zu hören. Für den Schulinspektor gehörten diese Pädagogen und auch die FDJ-Gruppe als Schuldige vor Gericht.⁵³ Die fünf bis dahin nicht vorbestraften Jugendlichen mussten als Strafe Freizeitarbeit bei der Müllabfuhr ableisten. In der schriftlichen Begründung des Urteils wurde auf den rassistischen Teil des Vorfalls doch noch eingegangen und Eva wurde attestiert, dass sie durch die Beschimpfungen grob belästigt worden sei. Aus Mangel an Beweisen sprach das Gericht dem Schüler Frank B. jedoch keine Absicht zu. In der Urteilsbegründung wurde ihm bestätigt, er habe sich zu Recht „gekränkt (ge)fühlt(e)“, weil Eva seinem Wunsch nach einer engen Freundschaft nicht nachgekommen sei. Die Angeklagten zeigten durch ihr Verhalten, so das Urteil weiter, dass ihnen der wahre Inhalt von „Kameradschaft“ noch nicht bekannt sei und sie hätten nun allen Grund im Klassenverband für eine „ausgezeichnete Disziplin“ zu sorgen. Sie hatten sich mit dem „unwürdigen Verhalten“ von Frank solidarisiert und seien so zu einem „rowdyhaften Verhalten“ verleitet worden; zukünftig sollten sie sich gegenseitig helfen, um ihre Zensuren zu verbessern. Die von der Anklagevertretung und der FDJ-Leitung geforderten Konsequenzen sollten dazu beitragen, ihnen den „wahren Inhalt sozialistischer Freundschaft“ bewusst zu machen. Dies sei dann die Voraussetzung dafür, dass sie sich in Zukunft gegenseitig eher achten und sich nicht beschimpfen würden.⁵⁴

*

Ende des Jahres 1973 betrachteten Jugendliche im Bezirk Leipzig die Entwicklung des „Sozialismus in der DDR“ ausschließlich als ökonomischen Prozess in dem politische oder ideologische Voraussetzungen oder Zielstellungen nicht genannt wurden. In diesem Kontext zeigten Jugendliche auch nicht die „richtige“ Einstellung zu den „polnischen Klassenbrüdern“. Es gab chauvinistische Vorstellungen, d.h. die VR Polen wurde im Vergleich zur DDR als weniger entwickelt eingeschätzt. Polnische (aber auch ungarische) Gastarbeiter wurden daher lediglich als Arbeitskräfte und nicht als „Klassenbrüder“ betrachtet.⁵⁵

⁵³ Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung Volksbildung an die Bezirksleitung der SED Berlin vom 19.12.1972, IfGA, ZPA, BPA, IV C-2/13/674.

⁵⁴ Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung Volksbildung an die Bezirksleitung der SED Berlin vom 19.12.1972, IfGA, ZPA, BPA, IV C-2/13/674.

⁵⁵ Persönliche Information des 1. Sekretärs der FDJ-Bezirksleitung Leipzig an den 1. Sekretär des ZR der FDJ, 28.11.1973, JA, IZJ, A 9.148.

*

Mit dem Beginn der Streiks der Arbeiter in der VR Polen wurde das politische Klima zwischen Polen und Ostdeutschen aggressiver.⁵⁶ In Karl-Marx-Stadt wurden im Juli 1976 abfällige Bemerkungen über Polen registriert.⁵⁷ Auch im Bezirk Dresden wurden antipolnische und chauvinistische Äußerungen festgestellt. Charakteristisch dafür waren negative Beurteilungen der scheinbar dürftigen Ergebnisse der polnischen Volkswirtschaft und die positiven Einschätzungen des Arbeitseifers der (Ost-) Deutschen. Die Polen sollten erst einmal ihre Landwirtschaft in Ordnung bringen, bevor ihnen die DDR helfen könne.⁵⁸

*

Im Sommer 1977 trugen Ostdeutsche Aufnäher mit Symbolen „imperialistischer Mächte“ an ihrer Kleidung, die angeblich in Polen gekauft worden waren oder illegal von polnischen Händlern in der DDR verkauft wurden. FDJ-Mitgliedern mit solchen Aufnähern wurde eine „liberale Haltung zu Fragen der Klassenauseinandersetzung mit dem aggressiven imperialistischen System“ vorgeworfen.⁵⁹ Beim Kampf gegen die Aufnäher setzte die SED Funktionäre, Volkspolizisten und FDJ-Ordnungsgruppenverbände ein, die jeweils an Ort und Stelle die Aufnäher von der Kleidung entfernten. In diesem Kontext wurde auch über „faschistische“ Symbole berichtet und es wurde der Eindruck suggeriert, auch sie wären aus Polen eingeführt worden und sie würden die Neofaschisten in der DDR stärken, und so dazu beitragen, die Gesellschaft und den Staat der DDR zu verändern. Die Auseinandersetzungen mit den Textilemblemen erstreckten sich über mehrere Monate und sie wurden durch entsprechende Zeitungsberichte forciert.⁶⁰

Die Führung der DDR fand immer wieder den gesuchten Sündenbock und sie versuchte damit von den eigenen unlösbaren materiellen und ideologischen Problemen abzulenken. Die anti-polnischen Vorurteile wurden von der SED-Führung, jeweils von taktischen Gesichtspunkten abhängig, agitatorisch verstärkt.

*

Die Hetze wegen der „Warenabkäufe“ in Richtung Osten blieb viele Jahre bestehen. In Schwedt oder Frankfurt/Oder wurden 1979 Beschränkungen der Einkaufsmöglichkeiten für polnische Touristen erhofft.⁶¹ Der Berliner (DDR) Schwarzmarkt wurde als von „Ausländern“ dominiert dargestellt und dabei wurde die Bedeutung polnischer Händler hervorgehoben. Einzelne Stimmen an der Basis, die vom Staat und seinen Funktionären weniger Toleranz und dafür die Durchsetzung von

⁵⁶ Monatliche Persönliche Information der FDJ BL Erfurt, 05.07.1976, JA, IZJ, A 9.255, S. 6.

⁵⁷ Persönliche Information für den Juni der FDJ BL Karl-Marx-Stadt, 6. Juli 1976, JA, IZJ, A 9.260, S. 4.

⁵⁸ Persönliche Information - Juli 1976, FDJ BL Dresden, 09.08.1976, JA, IZJ, A 9.258.

⁵⁹ Monatliche persönliche Information, FDJ BL Erfurt, 05.08.1977, JA, IZJ, A 9.301, S. 10 u. 11.

⁶⁰ Information der FDJ BL Neubrandenburg, NfD, 9. Dezember 1977, JA, IZJ, A 9.307, S. 6, 7 und 10.

⁶¹ Persönliche Information der FDJ BL Frankfurt/Oder, April 1979, JA, IZJ, A. 9.659, S. 3.

„Ordnung und Sicherheit“ verlangten, konnten vom Staatsapparat dazu benutzt werden, eigene sicherheitspolitische Vorstellungen durchzusetzen.⁶²

Von der falschen Kategorisierung der polnischen Arbeiterbewegung „Solidarnosc“ als „Nazis“ bis zur Abwehr so genannter neo-faschistischer Tendenzen aus Polen war dann schließlich nur noch ein kurzer Weg.

Die anhaltend angespannte politische Situation in Polen, erkennbar an den Streiks und Demonstrationen der polnischen Arbeiter, gestaltete im September 1980 die ostdeutschen Diskussionen über Polen dynamisch und starr zugleich. Die Streiks wurden negativ beurteilt, auch weil die Führung der DDR alles unternahm, um zu verhindern, dass der Funke des Widerstands nicht in die DDR übersprang. Von Ostdeutschen wurde deshalb immer wieder ausdrücklich abgefragt, dass sie Streiks ablehnten. Im Gegenzug dazu wurden ihre antipolnischen Vorurteile toleriert oder bei Bedarf verstärkt.⁶³

Wohnungen, Möbel, Lebensmittel und Ersatzteile waren knapp, nicht weil die Führung der DDR keine ordentliche Wirtschaftspolitik betrieb, sondern weil angeblich, besonders an der Ostgrenze, polnische Touristen die knapp vorhandene Ware weggekauft hätten. An diesem implizit fremdenfeindlichen Gemisch entwickelte sich permanent chauvinistisch begründeter Haß gegen die östlichen Nachbarn.⁶⁴

Vom Oktober 1980 an benötigten Privatreisende zwischen Polen und der DDR wieder eine Einladung von der jeweils anderen Seite. Die restriktiven Maßnahmen wurden von ostdeutscher Seite als notwendiger „Schutz unserer Volkswirtschaft“ bezeichnet man erwartete von den Maßnahmen gegen „Warenspekulationen und Schieber“ positive Wirkungen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Waren.⁶⁵ So fand die Aufhebung des visafreien Reiseverkehrs bei der Bevölkerung sehr große Zustimmung, auch weil vor allem die Frauen beim Einkaufen einen „praktischen Nutzen“ davon haben sollten.⁶⁶ Im Jahr 1980 wurde in der DDR offen über die Notwendigkeit einer militärischen Intervention zugunsten der „fortschrittlichen“ Kräfte in Polen diskutiert. Hier werden Analogien zum Einmarsch der Truppen des Warschauer Vertrages in die CSSR im August 1968 und in Ungarn

⁶² Informationen über Einzelmeinungen und Fragen zu verschiedenen Problemen der Innen- und Außenpolitik. Berichte der SED Kreisleitungen und Grundorganisationen des August, SED Abteilung Parteiorgane, Berlin, den 06.09.1977, IFGA, ZPA, BPA IV-2/5/490, S. 5f.

⁶³ Persönlicher Brief der FDJ BL Karl-Marx-Stadt vom 09.09.1980, JA, IZJ, A 9.752, S. 4.; Persönliche Information August 1980 der FDJ BL Suhl vom 09.09.1980, JA, IZJ, A 9.753, S. 4; Persönliche Information an den 1. Sekretär des ZR der FDJ, August 1980, vom 08.09.1980, FDJ BL Berlin, JA, IZJ, A 9.757, S. 1; Persönliche Information für den August v. 08.09.1980, NfD, FDJ BL Neubrandenburg, JA, IZJ, A 9.755, S. 2; Monatsbericht für den August 1980 vom 08.09.1980, FDJ BL Magdeburg, JA, IZJ, A 9.751, S. 5f; Monatsbericht August 1980, FDJ BL Potsdam, vom 17.09.1980, JA, IZJ, A 9.751, S. 4f.

⁶⁴ Monatliche Persönliche Information, FDJ BL Erfurt, 03.09.1980, JA, IZJ, A 9.756, S. 3.; Tätigkeitsbericht vom 08.09.1980, FDJ BL Schwerin, JA, IZJ, A 9.752, S. 3.

⁶⁵ Persönliche Information Nov., FDJ BL Neubrandenburg, 06.12.1980, JA, IZJ, A 9.755, S. 5.

⁶⁶ Persönliche Information Oktober, FDJ BL Frankfurt/Oder, JA, IZJ, A 10.411, S. 3.

1956 sichtbar.⁶⁷ Das außenpolitische Säbelrasseln sollte die Versorgungsmängel in der Fleischversorgung und bei Ersatzteilen im Land selbst verdecken und die Polen sollten dafür verantwortlich gemacht werden.⁶⁸ Militaristische Phantasien über ein bewaffnetes Eingreifen in Polen zeigten sich in einem Berliner Betrieb; dort hatte ein Mitarbeiter behauptet, die Sowjetunion hätte in Polen 10.000 Uniformen gekauft, um getarnt in Polen einmarschieren zu können.⁶⁹ In Berlin (DDR) waren im März 1981 Werktätige erfreut darüber, dass in Polen eine Stabsübung der Armeen des Warschauer Vertrages stattfand.⁷⁰ Die DDR dürfe nicht zulassen, dass auch noch die polnische Arbeiterklasse durch die polnische Arbeiterpartei mit „volksfeindlichen“ Zielen durchsetzt werde.⁷¹ Wenn hier die polnische Arbeiterklasse gegen die polnischen Kommunisten in Schutz genommen wurde, zeigt dies, welche bizarre Polemik in der DDR entfaltet wurde, und es zeigt in welche tiefen Widersprüche die ostdeutsche Politik verwickelt war. In der ostdeutschen Bevölkerung wurden Meinungen über Polen geäußert, die „nicht abzdrukken waren“.⁷² Den militaristischen Phantasien an der Basis der ostdeutschen Gesellschaft entsprachen die von Honecker, Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates und von Hoffmann, Minister für Verteidigung, unterzeichneten Befehle, die, zusammen mit weiteren 17 Divisionen der sowjetischen und tschechoslowakischen Armee, einen Einmarsch der 9. Panzerdivision des Militärbezirk V der Nationalen Volksarmee (NVA) vorsah.⁷³

Eine Lieferung, gedacht als Ausdruck proletarischer Internationalität, mit über 10.000 Tonnen Fleisch für Polen verschärfte die Diskussionen über den Sinn und Zweck solcher Hilfsmaßnahmen. Bei den Ostdeutschen wurde eine „größere Enttäuschung über die Ergebnisse in der VR Polen“ festgestellt und es wurde gefragt, ob es nicht besser sei Länder wie Nicaragua, Laos, Angola oder Vietnam zu unterstützen, als die „faulen“ Polen, die nicht arbeiten wollen und daher auch nicht „fressen“ dürften.⁷⁴ In diesen aggressiven Äußerungen erschienen immer wieder die bekannten generalisierenden Einschätzungen über den angeblichen Charakter des polnischen Volkes und es blieb nicht aus, dass „Polenwitze“ Konjunktur hatten.⁷⁵

⁶⁷ Bericht über den September 1980, FDJ BL Halle, JA, IZJ, A. 9.753, S. 6. Im Dezember 1980 gab es spekulative Fragen zu einem militärischen Eingreifen der Truppen des Warschauer Vertrages. Vgl. Monatsbericht der FDJ, BL Cottbus vom 04.12.1980, JA, IZJ, A 9.757, S. 7; Persönliche Information an den 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ, FDJ BL Berlin, 08.12.1980, JA, IZJ, A 9.757, S. 2.

⁶⁸ Persönliche Information für den August 1980, FDJ BL Frankfurt/Oder, JA IZJ, A 9.755, S. 1f.

⁶⁹ Information zu aktuellen Problemen, Stimmung und Meinungen aus den SED Grundorganisationen, Berlin, den 21.01.1981, IfGA, ZPA, BPA, IV D-2/5/494, S. 6ff; Information über Meinungen von Genossen und Werktätigen zu aktuellen Problemen der Innen- und Außenpolitik, Berlin, den 09.02.1981, IfGA, ZPA, BPA, IV D-2/5/494, S. 4f.

⁷⁰ Information über Stimmung und Meinungen von Berliner Werktätigen zur Volksrepublik Polen, SED BL Berlin, Abteilung Parteiorgane, Berlin, 31.03.1981, IfGA, ZPA, BPA, IV D-2/5/494, S. 2f.

⁷¹ Information über Stimmung und Meinungen Berliner Werktätigen zur Lage in der Volksrepublik Polen, SED BL Berlin, 25.05.1981, IfGA, ZPA, BPA, IV D-2/5/494, S. 2.

⁷² Persönliche Information. Juni 1981, FDJ BL Frankfurt/Oder, JA, IZJ, A 10.411, S. 3.

⁷³ Gutsche, S. 25 und S. 28.

⁷⁴ Persönliche Information, August 1981, FDJ BL Frankfurt/Oder, JA, IZJ, A 10.411, S.

⁷⁵ Information der FDJ BL Halle, November 1981, JA, IZJ, A 10.412, S. 3.

Am 15. Dezember 1981 verfügte die polnische Partei- und Staatsführung den Ausnahmezustand.⁷⁶ Die Errichtung der Militärjunta, in der DDR über einen langen Zeitraum propagandistisch vorbereitet, wurde von Funktionären mit Begeisterung aufgenommen. Eine der ersten Maßnahmen der Botschaft Polens in der DDR galt den polnischen Arbeitern im Wohnheim in der Hans-Loch-Straße im Berliner Bezirk Lichtenberg. Dort wurden 126 polnischen Arbeitern, morgens um sechs Uhr, von einem Vertreter der Botschaft ihre Reisepässe abgenommen.⁷⁷

Ostdeutsche Funktionäre und Arbeiter begrüßten die Militärdiktatur und äußerten sich erfreut darüber, dass „Ordnung und Disziplin“ wieder hergestellt würden. „Streiken und besser leben, das geht nicht“, äußerten Arbeiter aus Berlin (DDR). Arbeiter des Bahnhofs Schöneweide befürchteten, dass das polnische Militär es allein nicht schaffen könne und fragten sicherheitshalber „müssen wir einmarschieren?“.⁷⁸ Ein Angestellter des Ingenieurhochbaus Berlin vertrat die Ansicht: „Wenn Solidarnosc nach dem Vorbild der Nazis Schlägertrupps aufstellt, kann nicht anders reagiert werden“. Fünfzig Arbeiter des Straßenbahnbetriebswerks Lichtenberg erklärten sich bereit, für eventuell rekrutierte Kollegen zusätzliche Arbeiten zu übernehmen, wenn denn Maßnahmen zur Sicherung „... unserer Grenze notwendig werden“ sollten.⁷⁹ Mit dem Staatsstreich des polnischen Militärs wurde nun die Hoffnung verbreitet, dass mit den „konterrevolutionären, kriminellen und arbeitsscheuen Kräften mit Konsequenz abgerechnet“ werde⁸⁰ und dem Staatsstreich wurde auch deshalb zugestimmt, weil damit die „nationale Rettung Volkspolens“ möglich sei.⁸¹

Den in Berlin (DDR) lebenden polnischen Arbeitern und Studenten wurde der Text der Rede von Jaruzelski, verbunden mit einem Brief von Naumann, SED-Bezirkssekretär für Berlin, in polnischer und deutscher Sprache „zur Kenntnis gebracht“.⁸² Die SED-Führung unterstützte darin die diktatorische Entwicklung in Polen und setzte für die propagandistische Bewältigung dieser neuen Situation die FDJ- bzw. Pionierorganisation ein. An Schulen waren „Solidaritätsaktionen“ organisiert worden und ostdeutsche Kinder schickten Weihnachtspäckchen an polnische Kinder, die an den „Folgen der Konterrevolution“ zu leiden hatten. So wurde am 21. Dezember 1981 dem Oberbürgermeister von Warschau, durch einen Konvoi mit 49 Lastwagen, insgesamt 327 Tonnen Lebensmitteln sowie Zahnpasta, Seife, Kinderkleidung und Zellstoffwindeln zur Verfügung gestellt.⁸³

⁷⁶ Weber, 1991, S. 330.

⁷⁷ Kurzinformation der SED BL Berlin, 13.12.1981, 11.00 Uhr, IfGA, ZPA, BPA, IV D-2/5/494, S. 1f.

⁷⁸ Weitere Stimmen und Meinungen zu den Ereignissen in der Volksrepublik Polen, SED BL Berlin, 13.12.1981, 12.30 Uhr, IfGA, ZPA, BPA, IV D-2/5/494, S. 1ff.

⁷⁹ Stimmen und weitere Meinungen zu den Ereignissen in der VR Polen, SED BL Berlin, 13.12.1981, 16.00 Uhr, IfGA, ZPA, BPA, IV D-2/5/494, S. 1 u. 2.

⁸⁰ Persönliche Information, Dezember 1981, FDJ BL Frankfurt/Oder, JA, IZJ, A 10.591, S. 1.

⁸¹ Schreiben der FDJ BL Berlin vom 11.01.1982, JA, IZJ, A 10.587, S. 4.

⁸² Information der SED BL Berlin, 13.12.1981, IfGA, ZPA, BPA, IV D-2/5/494.

⁸³ Information über eingeleitete Maßnahmen und erste Ergebnisse bei der Durchführung der vom Generalsekretär des ZK der SED, Genossen Erich Honecker an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED erteilten Aufträge zur Unterstützung des Kampfes der polnischen Genossen in Warschau gegen die Konterrevolution, SED BL Berlin, den 21. Dezember 1981, IfGA, ZPA, BPA, IV D-2/5/494, S. 1f.

In Schwerin wurde die Notwendigkeit für diese Aktion damit begründet, dass Gleichaltrige hier an besten Hilfen leisten können. Älteren, erwachsenen Polen wollte man nichts schenken, denn die sollten „arbeiten und so ihre Lebenslage verbessern“. ⁸⁴ Auch im Bezirk Neubrandenburg wurde auf die „faulen“ Polen rekuriert, denen man statt Schokolade besser eine Schaufel schicken sollte. In mehreren Fällen verboten Eltern ihren Kindern, Päckchen für Polen zu packen. ⁸⁵ Die Solidaritätsaktionen sollten jedoch zu keinen persönlichen Kontakten mit Polen führen. Polnische Dankeschreiben mit dem Wunsch nach längerfristigen Beziehungen sollten nicht angenommen werden, und es wurde die Anweisung ausgegeben, dass Kinder und Jugendliche von diesen „Verbindungen gegenwärtig abzusehen“ hätten. ⁸⁶

Anti-sowjetische Vorfälle

Es muß bei einer realistischen Betrachtung des vorgefundenen Quellenmaterials davon ausgegangen werden, dass das Ausmaß anti-sowjetischer Vorkommnisse einen größeren Umfang hatte, als es hier den Anschein macht. Bereits kurz nach dem Ende des 2. Weltkrieges verbreiteten sich anti-sowjetische Stimmungen, jedoch war dieser Anti-Sowjetismus nicht ausschließlich aus neofaschistischen Motiven heraus entstanden, sondern auch deshalb, weil das stalinistische Besatzungsregime „... am schärfsten gegen kritische Kommunisten und Sozialdemokraten“ vorgegangen war. ⁸⁷

Die Beziehungen zur Sowjetunion waren insgesamt von hervorgehobener Bedeutung und es ist zu vermuten, dass solche Vorfälle einer besonderen Geheimhaltungsstufe unterworfen waren. Beim manifesten „Anti-Sowjetismus“ überschneiden sich militante antikommunistische Motive mit rassistischen, weil antislawischen und profaschistischen Einstellungen und ermöglichen so Einblicke in die langfristigen Auswirkungen der nationalsozialistischen Ideologie auf das politische Bewusstsein der ostdeutschen Bevölkerung.

*

In Meißen wurden Ende 1959 während und nach Tanzveranstaltungen in verschiedenen Orten des Kreises mehrere Erwachsene von Jugendlichen belästigt oder geschlagen. Gleichzeitig wurde bekannt, dass Meißener Jugendliche vor einem Objekt der Sowjetarmee das Deutschlandlied gesungen und „Heil Hitler“ gegrölt hatten. ⁸⁸

*

⁸⁴ Information der FDJ BL Schwerin, 06.01.1982, JA, IZJ, A 10.600, S. 2.

⁸⁵ Persönliche Information, Dezember, FDJ BL Neubrandenburg, JA, IZJ, A 10.597, S. 9f; Persönliche Information für den Dezember 1981, FDJ BL Suhl vom 09. Januar 1982, JA, IZJ, A 10.601, S. 6.

⁸⁶ Schreiben der FDJ BL Schwerin vom 05.02.1982, JA, IZJ, A 10.600, S. 2.

⁸⁷ Vgl. Abendroth, 1973, S. 179

⁸⁸ Weitere Beispiele zur Bändertätigkeit in der DDR, FDJ Abteilung Organisation-Instrukteure, Berlin, 05.12.1959, If-GA, ZPA, IV 2/16/230, S. 2.

In Merseburg bedrohte 1959 ein Jugendlicher aus einer Gruppe heraus einen Soldaten der Sowjetarmee. Er wurde zu einem Revier der Volkspolizei gebracht und widersetzte sich dort Volkspolizisten.⁸⁹

*

Einen Tag nachdem das Lehrerkollektiv der Erich-Vogel-Oberschule in Oschatz, Bezirk Leipzig, im Jahre 1966 mit dem Staatstitel: „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ ausgezeichnet worden war, hing im Klassenzimmer eines Lehrers und SED-Sekretärs ein Zettel mit dem Text: „Wir lassen uns die Sowjetisierung der Schule nicht mehr länger gefallen. Die Bombe wird bald platzen. Mit faschistischem Gruß. Heil Hitler!“ Zwei FDJ-Mitglieder einer 10. Klasse wurden als Täter ermittelt. Bei einem von ihnen waren beide Elternteile Mitglieder der SED, beim anderen war ausschließlich der Vater SED-Genosse. Einer der Väter war Direktor eines Volkseigenen Betriebes und sein Großvater mütterlicherseits war anerkannter Verfolgter des Nationalsozialismus. Beide Schüler waren bis dahin nicht negativ aufgefallen und hatten auch keine Lernschwierigkeiten. Bei den Untersuchungen zur Aufklärung der Vorkommnisse zeigten sie sich engagiert und in der Mitgliederversammlung ihrer Klasse kritisierten sie sogar verdeckt das (eigene) verwerfliche Verhalten. Die FDJ schloss sie aus dem Verband aus - fünf Mitglieder der FDJ stimmten jedoch gegen den Ausschluss. Unter den Ausschlussgegnern befand sich auch der Sohn eines hauptamtlichen Pionierleiters, mit dem eine separate Aussprache geführt wurde.⁹⁰

*

Mehrere Jugendliche aus Rathenow „provozierten“ im Jahr 1968 sowjetische Soldaten und ihre Angehörigen. Danach wurden Hausversammlungen und Aussprachen mit den Eltern organisiert. Dabei stellten Funktionäre fest, dass in den Veranstaltungen nicht alle Erwachsenen bereit waren, das Verhalten der Jugendlichen zu verurteilen. Nur in der Hälfte aller Versammlungen gelang es den Funktionären, ihre Mitglieder zu einer Verurteilung der antisowjetischen Aktionen zu bewegen.⁹¹

*

Zum 30. Jahrestag der „Befreiung vom Hitlerfaschismus“ wurde 1975 die Rolle der Sowjetunion und die Bedeutung des Sieges der Roten Armee über die Wehrmacht folgendermaßen in Frage gestellt: „War der Krieg noch gerecht als die Rote Armee ihre eigenen Landesgrenzen überschritten hatte? Wäre es möglich, weniger Fernsehfilme über Kriegsereignisse zu senden?“. Schließlich gab es auch Diskussionen über das Verhalten von sowjetischen Soldaten nach dem Ende des Krieges und über die sowjetische Demontage- und Reparationspolitik. SED-Funktionäre erklärten, Jugendliche würden durch ältere Zeitgenossen insofern beeinflusst, als sie das Geschichtsbild und die „sozi-

⁸⁹ Ebenda, S. 4.

⁹⁰ Abschrift eines Fernschreibens der FDJ BL Leipzig vom 02.12.1966, JA, IZJ, E 4.126, S. 1 - 3.

⁹¹ Fakten und Tendenzen vom 27.09.1968, JA, IZJ, E 6.152.

alistischen“ Grundhaltungen der DDR in Frage stellten.⁹² Weiter wurde ironisch und provokant gefragt, ob die DDR den Sieg über Hitlerdeutschland mit errungen hätte, da nicht der Kapitulation des Deutschen Reiches gedacht, sondern die Befreiung vom Faschismus gefeiert werde. Außerdem wurde noch die zeitlich ausgedehnte Dauer der Kriegsgefangenschaft von Wehrmachtsangehörigen in der UdSSR, als auch die Reparationsleistungen an die Sowjetunion kritisiert.⁹³ Dreißig Jahre nach dem Ende des II. Weltkrieges waren Kenntnisse über den Zweiten Weltkrieg und den Völkermord an den Juden nicht fundiert und sie widersprachen den offiziellen Geschichtsdogmen der SED. Trotz der intensiven staatlichen Versuche, die Sowjetunion den Ostdeutschen auch emotional nahe zu bringen, waren Jugendliche, für die offizielle historische Geschichtsbetrachtung nicht mehr zu gewinnen.⁹⁴ Bei organisierten Kinobesuchen zum Film *Blockade* gab es bei mehreren Filmsequenzen „provokatorische“ Verhaltensweisen. In diesem fiktiven Farbfilm wird auf der Grundlage eines gleichnamigen Romans von A. Tschakowski in Spielhandlungen die Belagerung Leningrads durch die Hitlerwehrmacht vom Herbst 1941 bis zum Anfang des Jahres 1944 aufbereitet. Die Spielszenen werden unterbrochen durch eingefügte Wochenschaubilder aus den Hauptquartieren von Stalin bzw. Hitler. FDJ-Funktionäre verbanden die antisowjetischen bzw. profaschistischen Vorfälle während der Filmvorführung mit der Situation in der Berufsschule eines Baukombinates, wo in einem Kollektiv „nazistischer Ungeist propagiert“ worden war.⁹⁵

*

Auf dem Alexanderplatz in Berlin (DDR) kam es im Oktober 1977 zu schweren Krawallen zwischen Jugendlichen (Hooligans) und Einheiten der Volkspolizei, die eingegriffen hatte, weil Losungen gegen die Sowjetunion gerufen worden waren. Die Ausschreitungen begannen nach einem Fußballspiel des 1. FC Union Berlin und, was Ausmaß und Intensität betrifft, gehörten sie zu den gewichtigsten Straßenkämpfen in der DDR.⁹⁶

*

Im Oktober 1979 gastierten im Bezirk Frankfurt/Oder mehrere hundert Komsomolzen. Beim Begrüßungsabend, er wurde durch eine Ordnungsgruppe der FDJ gesichert, störten zwei Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA), die Veranstaltung mit Rufen wie: „Ihr roten Schweine“. Einer der Deutschen nahm sogar Ziegelsteine und bewarf damit den Sekretär der FDJ-Kreisleitung Beeskow,

⁹² Information der FDJ BL Dresden, April 1975, JA, IZJ, A 9.215, S. 2f. Hier wurde auf den Einfluss der "gegnerischen Propaganda" hingewiesen; sie habe zu kritischen Fragen und Einstellungen über die historische Rolle der Sowjetunion geführt. Hier wurde auch der "negative" Einfluss genannt, der von älteren Ostdeutschen auf Jugendliche ausginge.

⁹³ Monatliche persönliche Information der FDJ BL Erfurt vom 06.06.1975, JA, IZJ, A 9.236, S. 3.

⁹⁴ Monatliche Information der FDJ BL Frankfurt/Oder, Juni 1975, JA, IZJ A 9.223, S. 2.

⁹⁵ Information der FDJ BL Dresden, November 1975, JA, IZJ, A 9.215, S. 6.

⁹⁶ Information zu den Ausschreitungen von Jugendlichen am 07.10.1977, SED Abteilung Parteiorgane, 13.10.1977, If-GA, ZPA, BPA, IV-2/5/490, S. 4. Hooligans in der DDR, vgl. Waibel, 1996, S. 107.

der sich in ärztliche Behandlung begeben musste. Die Militärstaatsanwaltschaft leitete ein Ermittlungsverfahren ein.⁹⁷

*

Der stellvertretende Direktor der Puschkinoberschule in Prenzlau, Bezirk Neubrandenburg, bemerkte 1981 faschistische Losungen in einem Aufenthaltsraum für Schüler. Auf einem Linolschnitt standen Parolen wie: „Heil Hitler - wir wollen die Grenzen von 1934 - Russen raus aus Deutschland“. Dazu war noch ein Hakenkreuz gemalt worden.⁹⁸

*

An der Pestalozzi-Oberschule in Freital schrieben im Oktober 1982 zwei Schüler einer 6. Klasse im Deutschunterricht: „Ich würde gern vor Moskau stehen und den Gashahn auf- und zudrehen - Aus den russischen Knochen will ich mir eine schöne Suppe kochen“. Diese Parolen waren in der Klasse in Umlauf gebracht worden und um eine Verbreitung zu verhindern, sollte auf eine Aufklärung verzichtet werden, jedoch konnte dieses Vorhaben nicht realisiert werden. Ein Schüler einer 5. Klasse war aus dem Sportunterricht genommen worden, weil er öfters den „Hitlergruß“ gezeigt hatte. Eine Freundschaftspionierleiterin in Freital wurde auf einer Parteiversammlung beschuldigt, dass sie die Leitungswege nicht eingehalten habe. Ohne zuvor die Zustimmung des Schuldirektors einzuholen, hatte sie die Kreisleitung der SED über dieses Ereignis informiert. Die Schulleitung hatte jedoch die Ansicht vertreten, dass diese Vorkommnisse nicht als Vorkommnisse zu bewerten seien und sie deshalb nicht gemeldet werden müssten.⁹⁹

Schlussbemerkungen

Die Eskalation der rassistischen Gewalt führte nach der Vereinigung der DDR mit der BRD auch bald zu ersten Toten. So als im brandenburgischen Eberswalde, in der Nacht zum 25. November 1990, ca. 50 Skinheads eine Gruppe afrikanischer Vertragsarbeiter überfiel und dabei dem angolanischen Migranten Amadeu Antonio Kiowa so brutal zusetzten, dass er wenige Tage später den ihm zugefügten Verletzungen erlag.¹⁰⁰ Im März 1991 wurde in Dresden der Mosambikaner Jorge Joao Gomondai in einer Straßenbahn von Neo-Faschisten zusammengeschlagen und dann aus der fahrenden Bahn gestoßen. Jorge Joao Gomondai starb kurz darauf an den Folgen dieses Angriffs.¹⁰¹ Tatsächlich bauen die ost-deutschen Rassisten heute auf das auf, was sich bis 1990 dort entwickelt hat und sie agieren heute mit dem was unter den gültigen Bedingungen personell und strukturell möglich ist. Durch die Vereinigung des ost-deutschen mit dem west-deutschen Rassismus, entstand

⁹⁷ Persönliche Information September 1979, FDJ BL Frankfurt/Oder, JA, IZJ, A 9.622, S. 5.

⁹⁸ Fernschreiben der FDJ Dresden an den ZR der FDJ Berlin, den 08.12.1981, Meldung über ein besonderes Vorkommnis, JA, IZJ, A 10.823.

⁹⁹ Meldungen über besondere Vorkommnisse der FDJ BL Dresden, 29.10.1982, JA, IZJ, A 10.632.

¹⁰⁰ Madloch, S. 148.

¹⁰¹ Madloch, S. 148.

in Deutschland ein alltäglicher Rassismus, der sich qualitativ und quantitativ und damit wesentlich vom vorausgegangenen Rassismus unterscheidet. Dieser Prozess ließ die Rassisten seit 1990 zu einer gesellschaftlich, relevanten Kraft werden. Übrigens ist zu beobachten, dass nach dem Zusammenbruch der Sowjet-Union in den von ihr kontrollierten Ländern wie Russland, Polen, Tschechien oder Ungarn ebenso Rassismus und Anti-Semitismus als wirkungsmächtige Erscheinungen sichtbar geworden sind. Dennoch ist die weiter oben angeführte dynamische Entwicklung rassistischer oder anti-semitischer Potentiale in Deutschland außerordentlich und steht somit an der Spitze des internationalen Spektrums, wenn man die Kriegsgebiete hier außer Acht läßt. Es versteht sich von selbst, dass es sich beim institutionellen und gesellschaftlichen Rassismus gegen Slawen (z.B. Polen und Russen), auch um eine Mischung von anti-sozialistischen und anti-slawischen Motiven handelt. Anti-slawische Motive des gesellschaftlichen Rassismus wurden von der Politik der SED bedient um politische Ziele in der Innen- wie der Außenpolitik durchzusetzen. Stimulans für rassistisches Verhalten sind, in nicht geringem Maße, ein in der ostdeutschen Bevölkerung weit verbreitetes dumpfes völkisches Denken und ein struktureller Rassismus bei Behörden und Institutionen.

Literaturverzeichnis:

- Wolfgang Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M., 9. Auflage 1973.
- Etienne Balibar/Immanuel Wallerstein: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg Berlin, 1992.
- Peter Fischer: Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1939, Wiesbaden, 1991.
- Sandra Gruner-Domic: Die Migration kubanischer Arbeitskräfte in die DDR 1978-1989, unveröffentlichte Diplomarbeit, Berlin, 1992.
- Reinhardt Gutsche: Nur ein Erfüllungsgehilfe? Die SED-Führung und die militärische Option zur Niederschlagung der Opposition in Polen in den Jahren 1980/81; in: Klaus Schroeder (Hg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität), Berlin 1994, S. 166-179
- Marianne Krüger-Ponkratz: Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR. Münster/New York, 1991.
- Michael Kubina/Manfred Wilke (Hg.) unter Mitarbeit von Reinhardt Gutsche: „Hart und kompromisslos durchgreifen“. Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), Berlin 1995.
- Michael Maier: Anti-Semitismus in den Medien der DDR, 2001. (Ms. im Besitz von HW).
- Wilhelm Reich: Die Massenpsychologie des Faschismus, Frankfurt/M., 1977.
- Verein Opferperspektive: Dokumentation der Opfer rechter Gewalt - Chronologie bis Januar 2004, Wanderausstellung Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland. 2005.
- VIA e.V.: Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit: Ausländerpolitik in der DDR. Analysen und Studien aus erster Hand, Bonn, 1990.
- Harry Waibel: Rechtsextremismus in der DDR bis 1989, Köln 1996.

- Ders.: Kritik des Anti-Semitismus in der DDR, 2006, www.stiftung-sozialgeschichte.de / Zeitschrift / Sozial.geschichte.extra / Beiträge.
- Hermann Weber: DDR - Grundriß der Geschichte 1945 - 1990. Hannover, vollständig überarbeitete und ergänzte Neuauflage 1991.
- Simon Wiesenthal: Die gleiche Sprache: Erst für Hitler - jetzt für Ulbricht. Dokumentation der deutschland-berichte, Wien 1968.
- Wolfgang Wippermann: Feindbild Osten, in: Eckart Spoo (Hg.) unter Mitwirkung von Arno Klönne: Tabus der bundesdeutschen Geschichte, Hannover, 2006, S. 198-218.

Berlin, Juli 2008

©Harry Waibel